

5. Regionalplanänderung des Regionalplans 2010 „Oberkochen Süd“

Vorlage zum Satzungsbeschluss am 22.11.2013

DS 45 VV/2013 (Anlage 5):

Synopse zur formellen Anhörung

Übersicht der eingegangene Stellungnahmen

A Landes- und Bundesbehörden

A.1	Ministerium für Verkehr und Infrastruktur BW	2
A.2	Regierungspräsidium Stuttgart (Wirtschaft und Infrastruktur)	4
A.3	Regierungspräsidium Stuttgart (Landwirtschaft)	5
A.4	Regierungspräsidium Stuttgart (Umwelt)	10
A.5	Regierungspräsidium Stuttgart (Straßenwesen und Verkehr)	10
A.6	Regierungspräsidium Tübingen (Landesbetrieb Forst BW)	10
A.7	Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau	11
A.8	Vermögen und Bau (Amt Schwäbisch Gmünd)	13
A.9	Bundesnetzagentur	13
A.10	DB Services Immobilien GmbH	16
A.11	Eisenbahn-Bundesamt	17

B Gebietskörperschaften

B.1	Landratsamt Ostalbkreis (Forstwirtschaft)	18
B.2	Landratsamt Ostalbkreis (Umwelt und Gewerbeaufsicht)	19
B.3	Landratsamt Ostalbkreis (Wasserwirtschaft)	20
B.4	Landratsamt Ostalbkreis (Landwirtschaft)	21
B.5	Landratsamt Ostalbkreis (Naturschutz)	24
B.6	Landratsamt Ostalbkreis	24
B.7	Landratsamt Heidenheim - Bau- und Umweltschutz	25
B.8	Stadt Aalen	25
B.9	Gemeinde Königsbronn	26
B.10	Stadt Oberkochen	26
B.11	Gemeinde Sontheim	26

C Verbände / Vereine

C.1	Abwasserverband Untere Brenz	27
C.2	Arbeitskreis Naturschutz Ostwürttemberg	27
C.3	Bauernverbände Göppingen, Heidenheim, Ostalb	30
C.4	Gasversorgung Essingen-Oberkochen GmbH	31
C.5	Industrie- und Handelskammer Ostwürttemberg	31
C.6	terranets bw GmbH	32
C.7	Zweckverband Landeswasserversorgung	33
C.8	Zweckverband Wasserversorgung Brenzgruppe	33

A Fachbehörden (Landes- und Bundesebene)

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
A.1-1	Ministerium für Verkehr und Infrastruktur BW (23.10.2013)	<p>Unter Berücksichtigung dieser Äußerungen nimmt das MVI als oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde im Folgenden zu dem Anhörungsentwurf Stellung. Auf die Stellungnahme des Regierungspräsidiums Stuttgart vom 23.07.2013 wird ergänzend verwiesen.</p> <p>Mit der geplanten Regionalplanänderung soll die zeichnerische Darstellung der im Plansatz 3.1.1 (Z) festgelegten Grünzüge und der im Plansatz 3.2.2 (G) festgelegten Schutzbedürftigen Bereiche für Landwirtschaft und Bodenschutz des Regionalplans 2010 der Region Ostwürttemberg geändert werden.</p>	Kenntnisnahme		
A.1-2		<p>Die beabsichtige Änderung ist in einem Auszug der Raumnutzungskarte im Maßstab 1:50.000 darzustellen. Der Änderung des Regionalplans ist eine Begründung beizufügen. In der Begründung sollte auch dargelegt werden, warum hier eine Inanspruchnahme von für land- und forwirtschaftliche Nutzung gut geeigneten Böden unabweisbar notwendig ist (vgl. Plansatz 5.3.2 (Z) des Landesentwicklungsplans). Darüber hinaus muss die Begründung auch eine zusammenfassende Erklärung gemäß § 2 a Abs. 6 Nr. 1 Landesplanungsgesetz (LplG) und eine Zusammenstellung der Maßnahmen zur Überwachung erheblicher Umweltauswirkungen gemäß § 2 a Abs. 6 Nr. 2 LplG enthalten. Der Umweltbericht ist als gesonderter Bestandteil der Begründung des Planentwurfs oder als eigenständiges Dokument zu erstellen.</p> <p>Die vorgelegten Unterlagen sind vor einem eventuellen Sat-</p>	Die Unterlagen zum Beteiligungsverfahren wurden entsprechend der Anregungen zum Satzungsbeschluss überarbeitet bzw. ergänzt.		

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
A.1 -3	Ministerium für Verkehr und Infrastruktur BW	Die Abteilung Straßenverkehr des MVI hat gegen die Änderung des Regionalplans 2010 der Region Ostwürttemberg, zur Ausweisung einer Gewerbefläche "Oberkochen-Süd", keine grundsätzlichen Einwendungen und weist auf Folgendes hin:	Kenntnisnahme		
A.1 -4		<p>Die vorgelegten Unterlagen beinhalten die geplante verkehrliche Anbindung zur Erschließung des Gewerbegebietes "Oberkochen-Süd" über einen Kreisverkehrsplatz. Hierbei ist Folgendes auszuführen bzw. zu beachten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mit der geplanten Umgestaltung des Rampenfußpunktes (Südrampe) an der B 19 mittels Kreisverkehrsplatz besteht Einverständnis, wenn ausgeschlossen werden kann, dass ein Rückstau auf die B 19 erfolgt. • Das Merkblatt zum Kreisverkehrsplatz (KVP) 2006 ist zu beachten. • Der Prognosehorizont 2025 ist zu berücksichtigen. • Die rechtliche Absicherung hat durch die Stadt Oberkochen zu erfolgen. • Da die Stadt Veranlasser dieses Bauvorhabens ist, sind sämtliche Kosten von ihr zu tragen. • Die entsprechenden Unterlagen (u. a. KVP) sind mit der Auftragsverwaltung des Landes BW abzustimmen. Die Genehmigung kann innerhalb der Vergabegrenzen in eigener Zuständigkeit des Regierungspräsidiums Stuttgart erfolgen. Dem MVI ist eine Mehrfertigung zur Kenntnis zu übersenden. 			

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
A.1-5	Ministerium für Verkehr und Infrastruktur BW	<ul style="list-style-type: none"> Eine entsprechende Vereinbarung ist aufzustellen. <p>Das fernstraßenrechtliche Anbauverbot ist zu beachten. Gemäß § 9 (1) ff. Bundesfernstraßengesetz sind bauliche Anlagen innerhalb einer 20 m-Zone entlang von Bundesstraßen grundsätzlich nicht zulässig, d. h. der Flächenzuschnitt (siehe Seite 14 des Umweltberichts) ist ggf. zu ändern.</p> <p>Die Abteilung Verkehr (Schiene, ÖPNV, Luftverkehr, Sicherheit) weist auf Folgendes hin:</p> <p>Die Schienenstrecke Aalen - Heidenheim - Ulm (Brenzbahn) übernimmt eine wichtige Funktion für die Erschließung und Anbindung der Region Ostwürttemberg und des Raums Ulm an das Fernverkehrsnetz. Für eine entsprechende Zukunftsfähigkeit dieser nicht elektrifizierten Strecke sind eine Elektrifizierung und ein partieller zweigleisiger Ausbau notwendig. Deshalb wurde das Projekt ABS Ulm - Aalen (Brenzbahn) vom Land zur Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan 2015 angemeldet.</p> <p>Das Land geht davon aus, dass die Erweiterung der Gewerbeflächen auf diese Maßnahmen keinen Einfluss hat.</p> <p>Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	Die genannte Schienenstrecke hat aus regionaler Sicht eine hohe Bedeutung inne. Sie befindet sich westseitig der Bundesstraße B 19, an den der Bereich der Regionalplanänderung östlich angrenzt. Der Regionalverband stimmt der Einschätzung des Landes zu, dass der Zweispurige Ausbau durch die Regionalplanänderung nicht beeinflusst wird..		
A.2-1	Regierungspräsidium Stuttgart Abteilung Wirtschaft und Infrastruktur (23.07.2013)	das Regierungspräsidium Stuttgart nimmt aus Sicht der Abteilung Landwirtschaft und als höhere Raumordnungsbehörde zu der oben genannten Planung folgendermaßen Stellung:			

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
A.2-2	Regierungspräsidium Stuttgart Abteilung Wirtschaft und Infrastruktur	<p>Raumordnung</p> <p>Das Regierungspräsidium hat u.a. in seiner Stellungnahme vom 17.12.2012 zum Scoping darum gebeten, nachvollziehbar zu erläutern, wieso die Gewerbebaufläche 9,6 ha, die eigentlich nutzbare Baufläche jedoch nur 4 ha betragen soll. Hierzu sind Ausführungen erfolgt.</p> <p>Ferner wurde auch wegen PS 5.3.2 (Z) des LEP angeregt, die Erforderlichkeit der Inanspruchnahme der für eine landwirtschaftlichen Nutzung gut geeigneten Fläche näher zu erläutern. Auch hier wurde ergänzend vorgetragen, unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Abteilung Landwirtschaft, vgl unten, wird hier jedoch gebeten, zu den einzelnen Punkten noch näher einzugehen.</p> <p>Aus Sicht der höheren Raumordnungsbehörde gibt es darüber hinaus keine weiteren Anregungen.</p> <p>Um weitere Beteiligung im Verfahren wird gebeten.</p>	Kenntnisnahme		
A.3-1	Regierungspräsidium Stuttgart Abteilung Landwirtschaft (23.07.2013)	<p>Landwirtschaft</p> <p>Die Stadt Oberkochen plant östlich der B 19 ein weiteres Gewerbegebiet auszuweisen. Dazu ist parallel zum FNP (5,5 ha Entwicklungsfläche) der Regionalplan zu ändern (Änderungsbereich 9,6 ha). Die dadurch entstehende eigentlich nutzbare Baufläche beträgt 4 ha.</p> <p>Abt. 3 hat mit Datum 24.9.2012 bereits zum Vorgang Stellung genommen. Zwischenzeitlich hat die Verbandsversammlung OW den Beschluss zur Änderung des Regionalplans gefasst</p>	<p>Annahme: gemeint sind Anmerkungen des RP Stuttgart im Rahmen des Scopings zum Umweltbericht: Eine entsprechende Rückmeldung</p>		

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
A.3-2	Regierungspräsidium Stuttgart Abteilung Landwirtschaft	und nun erneut Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Der dazu vorgelegte Umweltbericht datiert jedoch vom 16.8.2012. Insofern war zu überprüfen, ob den von uns im September 2012 Forderungen Rechnung getragen wurde. Zu den vorgelegten Unterlagen Hinsichtlich des öffentlichen Belanges der Landwirtschaft weist der Umweltbericht zwar auf die Bedeutung der untersuchten Flächen für die Landwirtschaft sowie auf die Vorgaben des LEP hin; im Detail bitten wir jedoch um Überprüfung der Aussagen:	des RP Stuttgarts ist nicht erfolgt. Die entsprechenden Änderungen werden somit nachträglich in den Umweltbericht aufgenommen.		
A.3-3		<ul style="list-style-type: none"> die Bewertung der Auswirkungen im Hinblick auf die öffentlichen landwirtschaftlichen Belange ist widersprüchlich: so findet sich wohl „in den Tälern eine intensive landwirtschaftliche Nutzung“ (S. 17 UB), dies korreliert auch mit den Bodentypen „Terra fusca / Braunerde - Pararendzina“ (S. 15), aber nicht mit S. 13 „keine besonders hochwertigen landwirtschaftlichen Böden“; 	Die Aussagen werden überprüft und missverständliche Formulierungen werden angepasst. Die zitierten Stellen beziehen sich im Rahmen der Alternativenprüfung teilweise auf unterschiedliche Standorte.	Anpassung der Formulierungen im Umweltbericht.	
A.3-4		<ul style="list-style-type: none"> auch die Aussagen zur Flurbilanz sind nicht eindeutig. Auf S. 18 wird die Klasse II (es gibt im Übrigen keinen Klassenbegriff) einmal als Vorrangfläche Stufe II und einmal als Grenzfläche benannt - in Anbetracht der starken Betroffenheit der Landwirtschaft ist hier u.E. mehr Sorgfalt angebracht; 	Zustimmung	Anpassung der Formulierungen im Umweltbericht.	

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
A.3-5	Regierungspräsidium Stuttgart Abteilung Landwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> die Einstufung der durch die Planung betroffenen Bereiche als Grenzflur wird von uns in Frage gestellt; dies kann allenfalls für die anscheinend „extensiven“ Hangbereiche zutreffen. Eine Festlegung des Regionalplans als „Schutzbedürftiger Bereich für Landwirtschaft“ wäre so wohl kaum zu Stande gekommen; 	<p>Die Einstufung der Fläche in der Wirtschaftsfunktionenkarte als Grenzflur wurde durch die LEL vorgenommen und in der Form in das Regionalplanänderungsverfahren einbezogenen.</p> <p>Die Festlegung als „Schutzbedürftiger Bereich für LWS und Bodenschutz“ erfolgte in den 90ern auf Basis der Flächenbilanz und weiteren Kriterien. Diese weist wie im Bericht dargelegt, sowohl Grenzflächen als auch der Vorrangflächen Stufe II auf. Die Flurbilanz lag zu dem Zeitpunkt noch nicht vor, so dass aus den schutzbedürftigen Bereichen keine Rückschlüsse auf die Wirtschaftsfunktion gezogen werden kann.</p>		
A.3-6		<p>die zum Verständnis der Flurbilanz notwendigen Erläuterungen hinsichtlich Systematik und Aussagekraft fehlen; die Flurbilanz beschränkt sich nicht auf den Boden, sondern es werden Bodendaten mit agrarstrukturellen Merkmalen verknüpft. Dieser Zusammenhang sollte im Text wiedergegeben werden. Darüber hinaus sollte sich die Einstufung der Flurbilanz in einer Karte im Hinblick auf den gewählten Standort wiederfinden.</p>	Zustimmung	Anpassung der Formulierungen und Darstellungen im Umweltbericht.	

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
A.3-7	Regierungspräsidium Stuttgart Abteilung Landwirtschaft	<p>Zum Vorhaben selbst</p> <p>Der Regionalplan weist hier bisher einen Regionalen Grünzug mit einem Schutzbedürftigen Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz aus. Insgesamt ist Oberkochen aufgrund „seiner idyllischen Lage fast vollständig von verschiedenen schutzwürdigen Bereichen umschlossen“.</p> <p>Die Planung führt zu einem Verlust von über 5 ha hochwertiger Produktionsfläche (Acker / Grünland) für die landwirtschaftlichen Betriebe. Es handelt sich um gute Standorte der Vorrangflur Stufe II, die nach LEP der landwirtschaftlichen Nutzung vorzubehalten sind. Eine umfassende Standortalternativenprüfung ist laut Unterlagen erfolgt. Alternativstandorte sind im Hinblick auf den landwirtschaftlichen Belang nicht besser geeignet.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der gewählte Standort wurde durch die LEL hinsichtlich seiner Wirtschaftsfunktion als „Grenzfläche“ eingestuft. Wertvollere Landwirtschaftliche Standorte wurde entsprechend der Alternativenprüfung zurückgestellt.</p>		
A.3-8		<p>Wegen der Flächeninanspruchnahme hatten wir bereits im September 2012 Bedenken zur beantragten Regionalplanänderung geäußert und um entsprechende Berücksichtigung der öffentlichen landwirtschaftlichen Belange bei der Abwägung sowie um die ersatzweise Ausweisung eines Schutzbedürftigen Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz an anderer Stelle gebeten. Dies ist bisher nicht erfolgt, die Bedenken bleiben infolgedessen bestehen.</p> <p>Dies gilt umso mehr, als in der Vergangenheit durch die bauliche Entwicklung der Stadt Oberkochen bereits vielfach gute landwirtschaftliche Flächen verloren gegangen sind.</p>	<p>Annahme: gemeint sind Anmerkungen des RP Stuttgart im Rahmen des Scopings zum Umweltbericht: Eine entsprechende Rückmeldung des RP Stuttgarts ist nicht erfolgt.</p> <p>Die entsprechenden Änderungen werden somit nachträglich in den Umweltbericht aufgenommen.</p>		

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
A.3-9	Regierungspräsidium Stuttgart Abteilung Landwirtschaft	Über die öffentlichen landwirtschaftlichen Belange hinaus sind einzelbetriebliche Belange zu beachten (z.B. Hofstellen landwirtschaftl. Betriebe, biologisch bewirtschaftete Flächen, Sonderkulturen). Die vorliegenden Unterlagen treffen hierzu nach wie vor keine Aussage.	s.o. Anmerkung für sli: gibt es entsprechende Kenntnisse, die z.B. aus dem BLPs übernommen werden können?	Anpassung der Formulierungen im Umweltbericht.	
A.3-10		Auch wiederholen wir unsere Forderung, um eine weitere Belastung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Produktionsflächenverlusten auszuschließen, für erforderliche Ausgleichsmaßnahmen möglichst keine weiteren Ackerflächen zu beplanen - auch wenn dies wie auf S. 19 ausgeführt nicht bereits auf der regionalplanerischen Ebene zu regeln ist. Nach § 15.3 BNatschG ist bei der Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen, insbesondere sind für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Böden nur im notwendigen Umfang in Anspruch zu nehmen. Im Detail bitten wir um Beteiligung der ULB bei der Planung.	Die Auswahl und Festlegung konkreter Ausgleichsmaßnahmen obliegt nicht der Regionalplanung, sondern erfolgt durch nachgelagerte Verfahren. Die Hinweise werden an die Kommune weitergegeben. Der Regionalverband wird entsprechend seiner Möglichkeiten auf die Einbeziehung agrarstruktureller Belange hinwirken.	Hinweis für das nachgelagerte Verfahren	
A.3-11		Die Abteilung Straßenwesen und Verkehr hat auf die Stellungnahme vom 17.12.2013 zum Bebauungsplan hingewiesen - diese ist diesem Schreiben daher nochmals beigelegt. Im Übrigen wurde mitgeteilt, dass die Straßenplanung von Ref. 44 berücksichtigt wurde. Die Abteilung Umwelt und die Denkmalpflege haben Fehlanzeige gemeldet.	Kenntnisnahme Kenntnisnahme, s. A.4		

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
A.4-1	Regierungspräsidium Stuttgart Abteilung Umwelt (23.04.2013)	Die Darstellung und Bewertung der Umweltauswirkungen werden nachvollziehbar dargestellt. Ergänzend teilen wir mit, dass bestehende oder geplante Naturschutzgebiete nicht von der geplanten Regionalplanänderung betroffen sind.	Kenntnisnahme		
A.5-1	Regierungspräsidium Stuttgart Abteilung Straßenwesen und Verkehr (17.04.2013)	Nach eingehender Überprüfung in luftrechtlicher und flugsicherheitlicher Hinsicht erheben wir gegen die geplante Änderung des Regionalplans 2010 für die Ausweisung einer Gewerbefläche Oberkochen-Süd keine Bedenken.	Kenntnisnahme		
A.6-1	Regierungspräsidium Tübingen Landesbetrieb Forst Baden-Württemberg (15.04.2013)	<p>Die Abteilung Forstdirektion dankt für die Übersendung der Unterlagen zur Regionalplanänderung und nimmt zu dem Vorhaben nachfolgend Stellung.</p> <p>Es sind von der Planung unmittelbar keine Waldflächen betroffen und somit auch keine Waldbiotope nach § 30a LWaldG berührt. Die Grenze zum FFH-Gebiet 7226-341 „Heiden und Wälder nördlich Heidenheim“ mit dem großflächig ausgeprägten Waldlebensraumtyp 9130 Waldmeister-Buchenwald verläuft jedoch nur rd. 30 m östlich des geplanten Gewerbegebietes. Um die Erheblichkeit von Auswirkungen der Gewerbeansiedlung auf das NATURA2000-Gebiet abzuschätzen, ist u.E. eine FFH-Vorprüfung gem. § 34 BNatSchG im nachfolgenden Planungsverfahren erforderlich. Durch die „umfangreichen Geländemodellierungen“ könnte z.B. der Wasserhaushalt der oberhalb liegenden Flächen verändert werden.</p> <p>Nach derzeitigem Kenntnisstand erhebt die höhere Forstbe-</p>	Der Hinweis auf eine nicht auszuschließende Beeinträchtigung des angrenzenden FFH-Gebietes wird aufgegriffen und Stadt Oberkochen für die Bauleitplanverfahren mitgeteilt	Hinweis für das nachgelagerte Verfahren	

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
		hörde keine grundsätzlichen Einwände gegen die vorgesehene Regionalplan-Änderung.	Kenntnisnahme		
A.7-1	Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (28.05.2013)	Im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für geowissenschaftliche und bergbehördliche Belange äußert sich das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zum Planungsvorhaben.	Kenntnisnahme		
A.7-2		1 Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können Keine	Kenntnisnahme		
A.7-3		2 Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes Keine	Kenntnisnahme		
A.7-4		3 Hinweise, Anregungen oder Bedenken Geotechnik Das Planungsgebiet befindet sich nach Geologischer Karte im Verbreitungsbereich von Gesteinen der Lacunosamergel-Formation des Oberjuras, die von Hangschutt mit im Detail nicht bekannter Mächtigkeit und Zusammensetzung überdeckt sind. Objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN 4020 werden empfohlen. Auf Grund der Größe des Planungsgebietes kann auch ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten	Kenntnisnahme		
				Hinweis für das nachgelagerte Verfahren	

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
A.7-5	Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau	<p>zu einem frühen Planungszeitpunkt sinnvoll sein, welches dann Angaben über die Notwendigkeit und ggf. den Umfang zusätzlicher, objektbezogener Untersuchungen enthalten sollte.</p> <p>Boden</p> <p>Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.</p>	Kenntnisnahme		
A.7-6		<p>Mineralische Rohstoffe</p> <p>Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p>	Kenntnisnahme		
A.7-7		<p>Grundwasser</p> <p>Der Südteil des Plangebiets befindet sich in Zone III des Wasserschutzgebiets der "Wasserfassungen im Brenztal" (LUBW-Nr. 1).</p> <p>Weitere Hinweise, Anregungen oder Bedenken zum Planungsvorhaben sind aus hydrogeologischer Sicht nicht vorzubringen.</p>	Kenntnisnahme		
A.7-8		<p>Bergbau</p> <p>Gegen die Änderung des Regionalplans bestehen von bergbehördlicher Seite keine Einwendungen.</p>	Kenntnisnahme		
A.7-9		<p>Geotopschutz</p> <p>Für Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes ver-</p>	Kenntnisnahme		

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
A.7-10	Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau	<p>weisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse http://wwwv.lcirb.uni-freibunde/lqrb/Service/geotourismus_uebersicht (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.</p> <p>Allgemeine Hinweise</p> <p>Bei erneuter Vorlage bitten wir Sie, die eingetretenen Veränderungen gegenüber dieser Planung deutlich kenntlich zu machen.</p> <p>Die Stellungnahmen des LGRB als Träger öffentlicher Belange basieren u. a. auf den Geofachdaten der geowissenschaftlichen Landesaufnahme und damit auch auf Erkenntnissen aus Bohrungen. Für Bohrungen besteht eine gesetzliche Anzeigepflicht (§ 4 Lagerstättengesetz) beim LGRB.</p> <p>Hierfür steht unter http://www.lcirb.uni-freiburg.de/lgrb/Service/bohranzeigen eine elektronische Erfassung zur Verfügung.</p>	Kenntnisnahme		
A.8-1	Vermögen und Bau Amt Schwäbisch Gmünd (05.04.2013)	Da keine landeseigenen Flurstücke von der Änderung des Regionalplans 2010 Ostwürttemberg betroffen sind, werden seitens des Landes Baden-Württemberg (Liegenschaftsverwaltung) keine Bedenken gegen diese Änderung vorgebracht.	Kenntnisnahme		
A.9-1	Bundesnetzagentur (05.04.2013)	Ihr o.g. Schreiben bezieht sich auf das Verfahren der Bauleit- oder Flächennutzungsplanung bzw. auf das Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG. Die von Ihnen hiermit veranlasste Beteiligung der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas,	Kenntnisnahme		

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
A.9-2	Bundesnetzagentur	<p>Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA) steht auch im Zusammenhang mit der Frage, ob durch die Planungen der Betrieb von Richtfunkstrecken beeinflusst wird. Dazu, wie auch zu dem o.g. Bebauungsplan, teile ich Ihnen Folgendes mit:</p> <ul style="list-style-type: none"> Die BNetzA teilt u.a. gemäß § 55 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) vom 22.06.2004 die Frequenzen für das Betreiben von zivilen Richtfunkanlagen zu. Die BNetzA kann daher z.B. in Planungs- und Genehmigungsverfahren im Rahmen des Baurechts bzw. zum Schutz vor Immissionen einen Beitrag zur Störungsvorsorge leisten, indem sie Namen und Anschriften der für das Baugebiet in Frage kommenden Richtfunkbetreiber identifiziert und diese den anfragenden Stellen mitteilt. Somit werden die regionalen Planungsträger in die Lage versetzt, die evtl. betroffenen Richtfunkbetreiber frühzeitig über die vorgesehenen Baumaßnahmen bzw. Flächennutzungen zu informieren. 	Kenntnisnahme		
A.9-3		<ul style="list-style-type: none"> Zu den von Ihnen aufgezeigten Planungen teile ich Ihnen mit, dass Beeinflussungen von Richtfunkstrecken durch neue Bauwerke unter einer Bauhöhe von ca. 20 m allgemein nicht sehr wahrscheinlich sind. Den mir zur Verfügung gestellten Unterlagen kann ich nicht entnehmen, dass diese Höhe bei der neu geplanten Raumnutzung überschritten werden soll (keine Angaben bzgl. der Errichtung neuer Bauten). 	Kenntnisnahme		

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
A.9-4	Bundesnetzagentur	<p>Auf entsprechende Untersuchungen zum vorsorglichen Ausschließen von Richtfunkstörungen durch neue Bauwerke kann daher im vorliegenden Fall verzichtet werden. Bitte beachten Sie diesen Sachverhalt bei zukünftigen Planungen. Das Einholen von Stellungnahmen der BNetzA zu Planverfahren mit geringer Bauhöhe ist nicht erforderlich. Bei dennoch eingehenden Anfragen zu Bauplanungen mit niedrigem Höhengniveau wird in der Regel durch die BNetzA nicht Stellung genommen.</p> <ul style="list-style-type: none"> Messeinrichtungen des Prüf- und Messdienstes der BNetzA werden durch die Planungen nicht beeinträchtigt. 	Kenntnisnahme		
A.9-5		<p>Falls sich Ihre Bitte um Stellungnahme ggf. auch auf die im Plangebiet zu berücksichtigenden Leitungssysteme bezieht, möchte ich darauf hinweisen, dass die BNetzA selbst über keine eigenen Leitungsnetze verfügt. Sie kann auch nicht über alle regional vorhandenen Kabeltrassen Auskunft erteilen, da das Führen entsprechender Datenbestände nicht zu ihren behördlichen Aufgaben gehört. Angaben über Kabelsysteme im Planbereich (z.B. Kabellinien für die Kommunikation, Energieleitungen u.ä.) können daher nur direkt bei den jeweiligen Betreibern oder den Planungs- bzw. Baubehörden vor Ort eingeholt werden.</p> <p>Meine weitere Beteiligung an dem Planverfahren ist nicht erforderlich.</p>	Kenntnisnahme		

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
A.10-1	DB Services Immobilien GmbH (03.05.2013)	die DB Services Immobilien GmbH, als von der Deutschen Bahn AG (DB AG) bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme der DB AG als Träger öffentlicher Belange und aller Unternehmensbereiche zum o.g. Verfahren.	Kenntnisnahme		
A.10-2		Gegen die Änderung des o. g. Regionalplans bestehen von Seiten der Deutschen Bahn AG hinsichtlich der TöB-Belange keine Einwendungen, wenn folgende Hinweise und Anregungen beachtet und berücksichtigt werden:			
		Ansprüche gegen die Deutsche Bahn AG aus dem Betrieb der Eisenbahn in seiner jeweiligen Form seitens des Antragstellers, Bauherrn, Grundstückseigentümers oder sonstiger Nutzungsberechtigter sind ausgeschlossen. Insbesondere sind Immissionen wie Erschütterung, Lärm, Funkenflug, elektromagnetische Beeinflussungen und dergleichen, die von Bahnanlagen und dem Bahnbetrieb ausgehen, entschädigungslos hinzunehmen. Ebenso sind Abwehrmaßnahmen nach § 1004 in Verbindung mit § 906 BGB sowie dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG), die durch den Bahnbetrieb in seiner jeweiligen Form veranlasst werden könnten, ausgeschlossen.			
		Da Kabel und Leitungen auch außerhalb von DB-eigenem Gelände verlegt sein können, ist rechtzeitig vor Beginn von Maßnahmen eine Kabel- und Leitungsprüfung durchzuführen.	Kenntnisnahme	Hinweis für das nachgelagerte Verfahren	
A.10-3	DB Services Immobilien GmbH	Wir bitten Sie, uns die Abwägungsergebnisse zu gegebener	Kenntnisnahme		

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
	lien GmbH	<p>Zeit zuzusenden.</p> <p>Hinweis: Bitte beachten Sie für zukünftige Beteiligungen der Deutschen Bahn AG unsere unten aufgeführte Adresse. Die DB Services Immobilien GmbH ist die für den DB-Konzern beauftragte Stelle zur Anhörung im Bauleit- und Angrenzerverfahren.</p> <p>DB Services Immobilien GmbH, Niederlassung Karlsruhe, Bahnhofstraße 5 in 76137 Karlsruhe oder dbsimm.nl.kar.flaecheedeutschebahn.com</p>			
A.11-1	Eisenbahn-Bundesamt (08.04.2013)	<p>vielen Dank für die Beteiligung an o.g. Vorhaben.</p> <p>Von Seiten des Eisenbahn-Bundesamtes bestehen keine Bedenken gegen die Änderung des Regionalplans 2010 Ostwürttemberg/Raumnutzungskarte für die Ausweisung einer Gewerbefläche Oberkochen-Süd.</p>	Kenntnisnahme		

B Gebietskörperschaften

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
B.1-1	Landratsamt Ostalbkreis GB Forstwirtschaft (12.07.2013)	zur o. g. Änderung des Regionalplanes teilen wir nachstehende Anregungen und Informationen mit. Geschäftsbereich Forstbetrieb <u>1. Waldinanspruchnahmen:</u> Waldflächen im Sinne des § 2 i.V. mit den §§ 9 und 11 LWaldG werden direkt nicht in Anspruch genommen. Insofern ergeben sich keine grundsätzlichen Einwendungen aus forstwirtschaftlicher Sicht.	Kenntnisnahme		
B.1-2		Abhängig von der künftigen Bebauung muss jedoch mit einer standörtlichen Verschlechterung im oberhalb angrenzenden Privatwald der Realgenossenschaft Oberkochen infolge von Abgrabungen und einem daraus resultierenden „Ausbluten“ des Hanges gerechnet werden. Dies hat evtl. negative Auswirkungen auf den Zuwachs, ggfl. auch auf die Baumartenzusammensetzung und die gesamte Flora im Wald oberhalb der zu erwartenden Hangeinschnitte. Unabhängig von daraus resultierenden naturschutzrechtlichen Fragen (FFHGebiete, Waldbiotope usw.) weist die Forstaußenstelle Abtsgmünd schon jetzt darauf hin, dass infolge der Bebauung entstehende Rand- und Folgeschäden (Trochnis, Zuwachsverluste usw.) im angrenzenden Wald grundsätzlich entschädigungspflichtig sind.	Kenntnisnahme	Hinweis für das nachgelagerte Bauleitplan-Verfahren	

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
B.1-3	Landratsamt Ostalbkreis GB Forstwirtschaft	<u>2. Bauleitplanung</u> In der Bauleitplanung ist zu beachten, dass der erforderliche Mindestabstand zum Wald nach § 4 Abs. 3 LBO eingehalten wird. Da mit einer Gefährdung von Gebäuden und baulichen Anlagen durch umstürzende Bäume, sich hangoben lösendes Gestein oder auch im Zuge der Holzernte „abgehende“ Baumstämme gerechnet werden muss, erfordert dies u.U. auch einen Waldabstand von mehr als 30m. Wegen denkbarer vom Wald ausgehender Sachschäden (siehe oben) und zur Regelung evtl. erhöhter Bewirtschaftungskosten (z.B. erhöhter Aufwand bei der Holzernte) wird der Abschluss von Haftungsverzichtserklärungen in den baurechtlichen Genehmigungsverfahren erforderlich werden.	Kenntnisnahme	Hinweis für das nachgelagerte Bauleitplan-Verfahren	
B.1-4		<u>3. Waldbewirtschaftung / Forstwirtschaftliche Erschließung</u> Der im Plangebiet dargestellte zur Verlegung vorgesehene Weg dient nicht der Holzabfuhr. Insofern wird seiner Verlegung zugestimmt.	Kenntnisnahme		
B.2		Geschäftsbereich Umwelt und Gewerbeaufsicht <u>Gewerbeaufsicht</u> Der unbebaute Planbereich liegt südlich von Oberkochen, östlich der B19. Dort soll ein Gewerbegebiet (GE) ausgewiesen werden. Dieses schließt damit an das bereits bestehende Gewerbegebiet an.	Hinweis: konkrete Maßnahmen zur Erschließung sind nicht Bestandteil der Regionalplanänderung		

20

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
B.3-3	Landratsamt Ostalbkreis Geschäftsbereich Wasserwirtschaft	Sicht keine Bedenken. <u>Wasserversorgung einschließlich Wasserschutzgebiete</u> Der südliche Teilbereich (Flst. 824, 827 bis 834) liegt in der Zone III des Wasserschutzgebiets „Fassungen im Brenztal“. Die Bestimmungen der Schutzgebietsverordnung vom 14.12.1977 sind zu beachten. Wir gehen davon aus, dass die geplante Verlegung der beiden Fernwasserversorgungsleitungen in enger Abstimmung mit dem Zweckverband Landeswasserversorgung erfolgt.	Kenntnisnahme Aspekt betrifft das kommunale Bauleitplanverfahren.	Hinweis für das nachgelagerte Verfahren	
B.3-4		<u>Altlasten und Bodenschutz</u> Im Bodenschutz- und Altlastenkataster liegen für das Planungsgebiet keine Informationen vor. Die bodenschutzrelevanten Umweltziele sind im weiteren Verfahren fortzuführen und im Umweltbericht darzustellen.	Kenntnisnahme		
B.4-1	Landratsamt Ostalbkreis Geschäftsbereich Landwirtschaft (12.07.2013)	Geschäftsbereich Landwirtschaft Den Ausführungen des Landesentwicklungsplanes zum Schutz besonders gut geeigneter Böden für die Landwirtschaft (LEP 2.3.1.4, 2.4.2.5, 5.3.2) und dem daraus abgeleiteten Plansatz 3.2.2 (G)- schutzbedürftiger Bereich für die Landwirtschaft und Bodenschutz - im Regionalplan Ostwürttemberg wird uneingeschränkt zugestimmt. Unter Beachtung dieser Grundsätze wird gebeten, gute und sehr gute landwirtschaftliche Ackerböden der Vorrangflur Stufe II, wie sie hier im nördlichen Bereich des vorgesehenen Erweiterungsgebietes vor-	Die Auswahl und Festlegung konkreter Ausgleichsmaßnahmen obliegt nicht der Regionalplanung, sondern erfolgt durch nachgelagerte Verfahren. Die Hinweise werden an die Kommune weitergegeben.	Hinweis für das nachgelagerte Verfahren	

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
B.4-2	Landratsamt Ostalbkreis Geschäftsbereich Landwirtschaft	<p>kommen, nicht für die Realisierung ökologischer Eingriffsausgleichsmaßnahmen zu verwenden, sondern diese Flächen unter Beachtung von § 15 Abs. 3 Bundesnaturschutzgesetz nach wie vor der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung zu erhalten. Die auf diesen Flächen bisher vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen sollten nach Möglichkeit zur Verbesserung bestehender Biotopstrukturen eingesetzt werden.</p> <p>Besondere Berücksichtigung finden sollte dies auch im Hinblick auf die bauliche Entwicklung der Stadt Oberkochen in der Vergangenheit und der damit einhergehende Rückgang landwirtschaftlich nutzbarer Fläche besonders guter landbauwürdiger Standorte.</p> <p>Auf unsere Stellungnahme zum Bebauungsplan „Oberkochen-Süd, Teil II“ vom 22.11.2012 wird diesbezüglich verwiesen.</p> <p><u>Stellungnahme zum Bebauungsplan „Oberkochen-Süd, Teil II“ vom 22.11.2012:</u></p> <p><i>„Bereits in der Vergangenheit wurde sowohl vom Geschäftsbereich Landwirtschaft als auch der Abteilung Landwirtschaft des RP Stuttgart zu dem hier vorliegenden Planungsvorhaben mehrfach Stellung genommen. Dies waren</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <i>• die Stellungnahme zur Fortschreibung des Flächennutzungsplanes 2020 der Stadt Oberkochen vom 07.11.2011</i> <i>• die Stellungnahme zum Scoping zur 5. Änderung des Regionalplanes 2010 vom 11.09.2012</i> <p><i>Insofern wird auf die früheren Stellungnahmen, die in der An-</i></p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Die Stellungnahme zum Bauleitplanverfahren der Stadt Oberkochen wird zur Kenntnis genommen.</p>		

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
B.4	Landratsamt Ostalbkreis Geschäftsbereich Landwirtschaft	<p><i>lage nochmals beigefügt sind, ausdrücklich verwiesen. Angesichts der vorhandenen Flächenstruktur, insbesondere der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist bei der Ausführung der Planung auf eine grundsätzlich geringstmögliche Flächeninanspruchnahme intensiv genutzter Acker- und Grünlandflächen zu achten. Insbesondere die betroffenen Ackerflächen in der hier vorliegenden zusätzlichen Gebietsausweisung sind nach der zugrunde liegenden Flurbilanz in Vorrangflurstufe II (dies sind hochwertige Böden, die nach Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten bleiben sollen) eingestuft.</i></p> <p><i>Gleichwohl wird nicht verkannt, dass eine die vorgesehene Flächeninanspruchnahme nicht verwehrt werden kann, da die Ressourcen an bebaubaren Flächen der Stadt Oberkochen sehr begrenzt sind. Deshalb sind die im Rahmen der Ökoeingriffsausgleichsbilanz erforderlichen Eingriffsausgleichsmaßnahmen innerhalb des Planungsgebietes und hier vorrangig zur Aufwertung bestehender Biotopstrukturen zu erbringen.</i></p> <p><i>Durch die geplante Ausgleichsmaßnahme m2 wird hochwertigste Ackerfläche der Vorrangflurstufe II in Anspruch genommen werden. Hiergegen bestehen aus Sicht des Geschäftsbereichs Landwirtschaft Bedenken. Daher sollte die im vorliegenden Plan vorgesehene Ausgleichsmaßnahme m2 südlich der geplanten Erschließungsstraße innerhalb des Planungsgebietes realisiert werden.</i></p> <p><i>Aktuell wird zur bundeseinheitlichen Regelung der Eingriffs-</i></p>			

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
B.4	Landratsamt Ostalbkreis Geschäftsbereich Landwirtschaft	<p><i>Ausgleichsbilanzierung der Entwurf einer Verordnung über die Kompensation von Eingriffen in die Natur und Landschaft nach § 15 Abs. 7 des Bundesnaturschutzgesetzes (Bundeskompensationsverordnung) in Bundestag und Bundesrat behandelt. Ziel ist eine bundeseinheitlich geregelte, geringere Flächeninanspruchnahme bei gleichzeitiger besserer Nachvollziehbarkeit der zu erbringenden Ausgleichsmaßnahmen und insbesondere die Schonung hochwertiger Acker- und Grünlandflächen. Es wird daher angeregt, die vorliegende Eingriffs- Ausgleichsbilanzierung umgehend nach Inkrafttreten der bundeseinheitlichen Vorgaben zu überprüfen und ggf. neu zu erstellen, da dies möglicherweise zu einer flächenschonenderen Inanspruchnahme beitragen kann.</i></p> <p><i>Die nördlich der vorgesehenen Erschließungsstraße frei werdenden Ackerflächen sind in jedem Falle der landwirtschaftlichen Nutzung zu erhalten."</i></p>			
B.5	Landratsamt Ostalbkreis Geschäftsbereich Naturschutz (12.07.2013)	<p>Geschäftsbereich Naturschutz</p> <p>Gegen die Änderung des Regionalplans 2010 Ostwürttemberg bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Der Umweltbericht ist nachvollziehbar und schlüssig.</p>	Kenntnisnahme		
B.6	Landratsamt Ostalbkreis (12.07.2013)	<p>Von den Geschäftsbereichen Straßenbau, Vermessung und Geoinformation sowie Flurneuordnung und Landentwicklung werden keine Anregungen, Hinweise oder zu beachtende Fakten mitgeteilt.</p>	Kenntnisnahme		

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
B.7	Landratsamt Heidenheim Bau- und Umweltschutz (11.04.2013)	gegen die Änderung des Regionalplans 2010 für die Ausweisung der Gewerbefläche Oberkochen-Süd bestehen von Seiten des Landratsamtes Heidenheim keine Bedenken.	Kenntnisnahme		
B.8-1	Stadt Aalen (16.05.2013)	Die Stadt Aalen gibt - auch als fachtechnische Geschäftsstelle der Verwaltungsgemeinschaft Aalen - folgende Stellungnahme ab: Die geplante gewerbliche Baufläche als nördliche Erweiterung des bestehenden interkommunalen Gewerbegebiets mit einer weiteren Reduzierung u.a. des regionalen Grünzugs am regional bedeutsamen Naherholungsgebiet „Naturdenkmal/Bodendenkmal Kocherursprung“ wird kritisch gesehen. Dies wurde bereits in der Stellungnahme zum „121IP Vorentwurf 2020“ mit Schreiben vom 12.10.2011 sowie im Bebauungsplanverfahren „Oberkochen Süd, Teil II“ mit Flächennutzungsplan-Einzeländerung Ende 2012 der Stadt Oberkochen mitgeteilt.	Kenntnisnahme		
B.8-2		Der Regionalplan wurde in 2000/2001 infolge gewerblicher Ansiedlungswünschen im Bereich Oberkochen/Königsbronn geändert. Eine erneute Änderung im Planbereich erscheint aufgrund der sensiblen Lage nur für mögliche <u>konkrete Ansiedlungs- bzw. Erweiterungswünsche der örtlichen Global Player</u> nachvollziehbar.	Konkrete Ansiedlungs- und Erweiterungswünsche örtlicher Gewerbebetriebe liegen nach Angaben der Stadt Oberkochen vor.	Keine Änderung der Planung	

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
B.9	Gemeinde Königsbronn (09.04.2013)	<p>vielen Dank für die Beteiligung im Rahmen des Verfahrens zur Änderung des Regionalplanes.</p> <p>Der Gemeinderat hat sich bereits ausführlich mit der Ausweisung des Gewerbegebietes „Oberkochen-Süd“ auseinandergesetzt und in der öffentlichen Sitzung am 22.09.2012 beschlossen der Ausweisung dieses Gebietes und der damit notwendigen Änderung des Regionalplanes zuzustimmen.</p> <p>Auf die mit der Stadt Oberkochen verfasste, gemeinsame Stellungnahme wird verwiesen.</p>	Kenntnisnahme		
B.10	Stadt Oberkochen (23.05.2013)	<p>vielen Dank für die Beteiligung der Stadt Oberkochen am Verfahren über die Änderung des Regionalplans 2010 / Raumnutzungskarte für die Ausweisung einer Gewerbebaufläche Oberkochen Süd.</p> <p>Der Gemeinderat der Stadt Oberkochen hat den übersandten Entwurf vom 16.08.2012 in seiner Sitzung am 29.04.2013 zur Kenntnis genommen und diesen ausdrücklich befürwortet.</p>	Kenntnisnahme		
B.11	Gemeinde Sontheim (23.04.2013)	die Gemeinde Sontheim an der Brenz äußert keine Bedenken gegen die Änderung des Regionalplans 2010 Ostwürttemberg/Raumnutzungskarte für die Ausweisung einer Gewerbefläche Oberkochen-Süd.	Kenntnisnahme		

C Verbände, Vereine (Träger öffentlicher Belange)

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
C.1	Abwasserverband Untere Brenz (23.04.2013)	der Abwasserverband „Untere Brenz“ äußert keine Bedenken gegen die Änderung des Regionalplans 2010 Ostwürttemberg/Raumnutzungskarte für die Ausweisung einer Gewerbefläche Oberkochen-Süd.	Kenntnisnahme		
C.2-1	Arbeitskreis Naturschutz Ostwürttemberg (27.06.2013)	der Arbeitskreis Naturschutz Ostwürttemberg ANO als regionaler Arbeitskreis des Landesnaturschutzverbandes bedankt sich für die Zusendung der Planunterlagen zu oben genanntem Verfahren. Die vorliegende Stellungnahme ist eine gemeinsame Stellungnahme der nach dem Naturschutzgesetz anerkannten Umweltverbände des Ostalbkreises.			
C.2-2		Wir haben im Rahmen der Bearbeitung dieser Stellungnahme zur "Änderung des Regionalplans 2010 Ostwürttemberg/Raumnutzungskarte für die Ausweisung einer Gewerbefläche Oberkochen-Süd" feststellen müssen, dass bereits erste Arbeiten in dem betreffenden Gebiet in Oberkochen stattgefunden haben und haben daher folgende Umweltmeldung an die Untere Naturschutzbehörde gemacht:	Der Hinweis auf frühzeitige Maßnahmen seitens der Stadt Oberkochen werden zur Kenntnis genommen. Eine Klärung diesbezüglich hat zwischen ANO und der Unteren Naturschutzbehörde des Ostalbkreises stattgefunden.		
C.2-3		<i>Wie uns Herr Worm(LEV) berichtet hat, hatte er einen Auftrag der Stadt Oberkochen/Grünplaner bekommen, die geschützten Hecken zu entfernen bzw. umzupflanzen. (Diese Arbeiten wurden zwar sehr gut durchgeführt.)</i>			

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
C.2-4	Arbeitskreis Naturschutz Ostwürttemberg	<p><i>Der Schutz der Zauneidechse ist jedoch aus unserer Sicht nicht mehr gegeben, da kaum noch Sichtschutz vorhanden ist und es für die natürlichen Feinde wie der Turmfalke und Mäusebussard einfach ist die Tiere zu fangen.</i></p> <p><i>Es sind auch bereits erste Erdarbeiten im Bereich der Landeswasserleitung erfolgt. Beides sehen wir als unkorrektes Vorgehen an, wenn die Änderung des Regionalplans noch gar nicht rechtskräftig ist, und wir eigentlich noch Zeit bis zum 15.7.2013 für die Abgabe der Stellungnahme haben. Somit sind die Stellungnahmen, die dazu eingereicht werden, eigentlich eine Farce und was den Naturschutz betrifft, praktisch überflüssig.</i></p> <p>Anmerkung hierzu: Die Untere Naturschutzbehörde hat uns auch eine Antwort darauf geschickt. Diese hängen wir diesem Schreiben an.</p> <p>In unserer Stellungnahme (4.12.2012) zum Bebauungsplan der Stadt Oberkochen für dieses Gebiet hatten wir folgende Punkte erwähnt:</p>			
C.2-5		<p><i>1. Beim Verlust von Hecken müssen diese an anderer geeigneter Stelle, im näheren Umfeld, umgepflanzt werden. (Ist ja jetzt bereits durchgeführt worden.)</i></p> <p><i>2. Die am Waldsaum vorhandene Verbuschung sollte als Pflegemaßnahme freigeräumt werden.</i></p> <p><i>3. Der sensible Umgang mit der Zauneidechse unterstützen wir und sollte unbedingt umgesetzt werden.</i></p>	Die Hinweise zur Umsetzung der Maßnahmen werden zur Kenntnis genommen. Da sie der Stadt Oberkochen bereits bekannt sind, ist eine Weitergabe der Informationen für das nachgelagerte Verfahren nicht erforderlich.		

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
C.2-6	Arbeitskreis Naturschutz Ostwürttemberg	<p>4. Zudem schlagen wir eine gemeinsame Begehung (mit dem Biologen, der Stadtverwaltung und ANO) im Frühjahr vor, um eine Besichtigung der bestehenden Biotope vorzunehmen hinsichtlich möglicher Ausgleichsmaßnahmen.</p> <p>5. Wir weisen darauf hin, dass die im Umweltbericht Anlage 3 vorgeschlagenen Vorsichtsmaßnahmen durchgeführt werden und auch überwacht werden, um die ökologisch wertvollen Bestände von Fauna und Flora nicht unnötig zu gefährden.</p> <p>Aus naturschutzfachlicher Sicht können wir so dem geplanten Bebauungsplan und der geänderten Flächennutzungsplan-Einzeländerung zustimmen. Was die geplante Erweiterung des interkommunalen Gewerbegebietes jedoch betrifft, verkleinert sie den im Regionalplan Ostwürttemberg 2010 ausgewiesenen regionalen Grünzug weiter. Damit werden wertvolle Freiraumflächen vernichtet und der Landschaftsverbrauch nimmt enorme Ausmaße an. Der ANO sieht als Kompromisslösung, dass in der Fläche (für Interkommunale Siedlungsentwicklung) zwischen B 19 Ausfahrt Süd und Bahnlinie bis an die Gemarkungsgrenze zur Gemeinde Königsbronn zum Ausgleich Aufwertungsmaßnahmen durchgeführt werden.</p> <p>Zu diesen Vorschlägen/Anregungen stehen wir auch heute noch, wenn auch einiges mittlerweile überholt ist. Die Zustimmung zum Bebauungsplan wurde von uns ausgesprochen, in der Annahme, dass die Fläche bereits aus dem Regionalen Grünzug herausgenommen worden war. Aus Sicht des Natur-</p>	Kenntnisnahme		

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
		und Umweltschutzes sind wir gegen eine Herausnahme der Fläche aus dem Regionalen Grünzug oder es muss eine andere Fläche, wie oben vorgeschlagen wieder in den Grünzug integriert werden.			
C.3-1	Bauernverbände Göppingen, Heidenheim, Ostalb (17.07.2013)	<p>mit großem Bedauern nehmen wir zur Kenntnis, dass im Bereich Oberkochen weiter landwirtschaftliche Flächen für die Erweiterung der Industrie weichen müssen.</p> <p>Es ist uns klar, dass die Industrie zu ihrer Weiterentwicklung Flächen benötigt, weshalb wir uns in der Vergangenheit dieser Entwicklung nicht entgegengestellt haben.</p> <p>Inzwischen wurden jedoch große Flächen von der Industrie in Anspruch genommen, welche der Landwirtschaft verloren gegangen sind.</p> <p>Der nun überplante Standort beinhaltet, wie im Begleittext richtig erwähnt, zwar nicht die besten Böden, sind aber für die landwirtschaftlichen Betriebe trotzdem von hoher Bedeutung. Im Übrigen wurden die besseren landwirtschaftlichen Böden in den vergangenen Jahren bereits in Anspruch genommen.</p> <p>Da wir auch keine Alternative sehen (die Alternativenprüfung haben wir studiert), wird wohl nur die vorliegende Planung sinnvoll sein.</p> <p>Trotzdem erheben wir große Bedenken über diese Entwicklung, ständig weitere Flächen aus der Landwirtschaft abzugeben.</p>	Kenntnisnahme		

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
C.3-2	Bauernverbände Göppingen, Heidenheim, Ostalb	<p>Wir regen an, dass z.B. die ökologischen Ausgleichsmaßnahmen in den überplanten Bereichen selbst durchgeführt werden, um hierzu weiteren Flächenverbrauch zu verhindern. Es kann nicht sein, dass die Landwirtschaft, die im Bereich Oberkochen schon umfangreich Flächenhergeben musste, dann auch noch den ökologischen Ausgleich mit weiteren Flächen schulden muss.</p> <p>Wir regen an, diese Maßnahmen in den Forst (Stadt- oder Staatswald) oder in die Industrieflächen selbst (Hecken zwischen Parkplätzen oder an Böschungen) einzuplanen.</p> <p>Wenn nicht alle Beteiligte den Landverbrauch reduzieren, wird es im Bereich Oberkochen für die Landwirte schwer, ihre Existenz zu halten.</p>	Die Auswahl und Festlegung konkreter Ausgleichsmaßnahmen obliegt nicht der Regionalplanung, sondern erfolgt durch nachgelagerte Verfahren. Die Hinweise werden an die Kommune weitergegeben. Der Regionalverband wird entsprechend seiner Möglichkeiten auf die Einbeziehung agrarstruktureller Belange hinwirken.	Hinweis für das nachgelagerte Verfahren	
C.4	Gasversorgung Oberkochen (06.05.2013)	wir haben weder Anregungen noch Bedenken gegen die Änderung des Regionalplanes.			
C.5	IHK Ostwürttemberg (02.07.2013)	<p>wir bestätigen den Eingang Ihres Schreibens vom 26. März 2013 sowie den Erhalt der Planunterlagen. Zu o.g. Bebauungsplanverfahren nehmen wir wie folgt Stellung.</p> <p>Der Stadt Oberkochen fehlen derzeit innerörtliche Erweiterungsmöglichkeiten für Industrie und Gewerbe. Es werden deshalb dringend neue Gewerbebauflächen benötigt. Dies insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass konkrete Anfragen von Betrieben nach geeigneten Flächen vorliegen. Mit der geplanten Ausweisung des Gewerbegebiets Oberkochen</p>	Kenntnisnahme		

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
		<p>Süd, kann dieser Bedarf gedeckt werden. Ein weiterer Vorteil ist es, dass darüber hinaus durch die Verlagerung von innerörtlich angesiedelten bestehenden Betrieben Raum für eine weitere Wohnbauentwicklung geschaffen wird.</p> <p>Die IHK Ostwürttemberg begrüßt deshalb die Ausweisung dieses Gewerbegebiets. Insofern gibt es aus Sicht der IHK keine Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche.</p>			
C.6	terraneis bw GmbH (06.05.2013)	<p>wir bedanken uns für die Beteiligung an der Änderung des oben genannten Regionalplans der Region Ostwürttemberg.</p> <p>Innerhalb des Geltungsbereiches des Regionalplans sind verschiedene Gashochdruckleitungen und Anschlussleitungen mit Telekommunikationskabeln (Betriebszubehör), unseres Unternehmens verlegt. Die Telekommunikationskabel verlaufen teilweise in einer Solotrasse.</p> <p>Wie Sie den beigefügten Übersichtsplänen der terraneis bw GmbH entnehmen können, verlaufen südlich im Änderungsbereich des Regionalplanes, Telekommunikationskabel der terraneis bw. Diese könnten zum Teil von der ausgewiesenen Fläche für das Gewerbegebiet betroffen werden, oder es sind zumindest Näherungen erkennbar.</p> <p>Gegen die räumliche Festlegung auf Regionalplanebene werden keine Bedenken vorgebracht. Es ist im Rahmen der weiteren Bauleitplanung jedoch sicherzustellen, dass der Bestand unserer Anlagen im Rahmen der Detailplanung nicht gefährdet ist.</p> <p>Abschließend weisen wir daraufhin, dass für die vorhandenen</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Eine mögliche Betroffenheit der Telekommunikationskabel ist im nachgelagerten Planungsverfahren zu prüfen.</p>	Hinweis für das nachgelagerte Verfahren	

Nr.	Einwender (Datum Eingang)	Stellungnahme der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Einwendungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorschlag für die Abwägung	Beschlussvorschlag	Bezug
		Anlagen unseres Unternehmens selbstverständlich ein Bestandsschutz gewährt werden muss. Die ordnungsgemäße Betriebsführung und Wartung sowie Instandsetzung muss weiterhin uneingeschränkt möglich sein. Sofern Instandhaltungs- oder Instandsetzungsmaßnahmen planbar sind, werden die erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen dafür bei den zuständigen Behörden rechtzeitig eingeholt. Für nicht planbare Maßnahmen erfolgt die behördliche Abstimmung erforderlichenfalls nachträglich.			
C.7	Zweckverband Landeswasserversorgung (05.04.2013)	wir danken für die Beteiligung als Planungsträger gemäß § 12 Abs.2 Landesplanungsgesetz. Bei der Realisierung des Gewerbegebietes Oberkochen-Süd werden die Interessen der Landeswasserversorgung insofern berührt, weil Teilstücke der Trinkwasserleitungen Druckleitung 1 und Druckleitung 2 (mit Zubehör) umgelegt werden müssen. Hierüber besteht eine vertragliche Regelung zwischen der Stadt Oberkochen und dem Zweckverband Landeswasserversorgung (LW). Nach heutigem Kenntnisstand sollen die Bauarbeiten Ende April 2013 starten. Weitere Anregungen und Hinweise zur Änderung des Regionalplans bestehen nicht.	Kenntnisnahme		
C.8	Zweckverband Wasserversorgung Brenzgruppe (23.04.2013)	der Zweckverband Wasserversorgung Brenzgruppe äußert keine Bedenken gegen die Änderung des Regionalplans 2010 Ostwürttemberg/Raumnutzungskarte für die Ausweisung einer Gewerbefläche Oberkochen-Süd.	Kenntnisnahme		